

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 2. April 2015, Az.: V-0123.049:

Anbei übermittele ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums.

Friedrich
Minister für Bundesrat, Europa und
internationale Angelegenheiten

Eingegangen: 09.04.2015 / Ausgegeben: 17.04.2015

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg
über aktuelle europapolitische Themen
aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums

A. Einleitung	2
B. Schwerpunktthemen	2
I. Grundsätzliche Positionierung der Landesregierung zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) am 17. März 2015	2
II. Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI).....	4
III. EU-Erweiterung.....	5
1. Bundesratsinitiative der Landesregierung zur EU-Erweiterungsstrategie 2014 bis 2015	5
2. Bericht der EU-Kommission zur Nachbarschaftspolitik und Erweiterung im Ausschuss des Bundesrates für Fragen der Europäischen Union.....	6
IV. EU-Strategie für den Donaauraum.....	6
1. Umsetzung der EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)	6
2. Vorbereitung des 4. Jahresforums der EUSDR in Ulm	7
V. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	8
1. Frankreich.....	8
2. Oberrhein.....	9
3. Internationale Bodenseekonferenz	12
4. Vier Motoren für Europa.....	13
VI. Internationales	14
1. Schweiz	14
2. Kosovo.....	15
3. Besuch aus Serbien und Montenegro.....	15
4. Reise nach Barcelona.....	16
VII. Entwicklungspolitik.....	16
VIII. Europafähigkeit und europapolitische Öffentlichkeitsarbeit.....	16
1. Dynamischer Europapool: Ministerratsbeschluss über Rückkehrkonzept	16
2. Netzwerktreffen am 3. März 2015.....	17
3. Ausblick: Europaaktionstag.....	18
IX. Landesvertretung Brüssel	18

A. Einleitung

Mit dem vorliegenden Bericht werden die aktuellen europapolitischen Themen aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums im Berichtszeitraum 1. Januar 2015 bis 31. März 2015 dargestellt.

B. Schwerpunktthemen**I. Grundsätzliche Positionierung der Landesregierung zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) am 17. März 2015**

Mit Beschluss des Ministerrates vom 17. März 2015 hat sich die Landesregierung Baden-Württemberg grundsätzlich zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) positioniert.

Die Landesregierung Baden-Württemberg steht für eine ambitionierte und klug ausgestaltete TTIP, die sowohl der Wirtschaft als auch den Bürgerinnen und Bürgern nutzt.

Aus Sicht der Landesregierung kann TTIP einen wichtigen Beitrag leisten, die Rolle und Stellung der EU in der Welt zu stärken. Obgleich die Landesregierung einen multilateralen Ansatz auf WTO-Ebene bevorzugt, begrüßt sie dennoch die Möglichkeit, mit TTIP globale Maßstäbe – u. a. bei Standards sowie fairen und nachhaltigen Handelsregeln – zu schaffen.

Die Landesregierung geht davon aus, dass die baden-württembergische Wirtschaft und insbesondere der Mittelstand von einer Annäherung der europäischen und US-amerikanischen Standards profitieren werden. Der Abbau von Handelshemmnissen wird den baden-württembergischen Unternehmen voraussichtlich einen noch besseren Zugang zum US-Markt ermöglichen und infolgedessen zu einer weiteren Belebung des Exporthandels mit den USA führen. Dies wird sich voraussichtlich auch positiv auf den baden-württembergischen Arbeitsmarkt auswirken.

Indes ist nach Auffassung der Landesregierung ein gestärkter Freihandel kein Selbstzweck. Eine verantwortliche Begleitung des Verhandlungsprozesses beinhaltet daher auch, konkrete Anforderungen an die inhaltliche Ausgestaltung der TTIP zu formulieren.

- 3 -

Hiernach hält es die Landesregierung für unerlässlich sicherzustellen, dass TTIP das bestehende Schutzniveau in Deutschland und der EU sowie das Vorsorgeprinzip nicht beeinträchtigt. Insbesondere muss auch die parlamentarische Hoheit über die Definition von Standards und Zulassungsverfahren sichergestellt bleiben.

Überdies lehnt die Landesregierung die Aufnahme von speziellen Investitionsschutzvorschriften und Streitbeilegungsmechanismen im Verhältnis Investor und Staat in TTIP ab und sieht ein Reformbedürfnis der bestehenden bilateralen Investitionsschutzabkommen von EU-Mitgliedsstaaten insgesamt. Die Einrichtung eines internationalen Handelsgerichtshofes wird daher unterstützt.

Die Landesregierung fordert außerdem eine Ausnahmeregelung für den Kultur- und Medienbereich in Form einer allgemeinen, kapitelübergreifenden Regelung im Abkommenstext ebenso wie die Ausnahme der Leistungen der Daseinsvorsorge vom Anwendungsbereich der TTIP. Ebenso müssen die Strukturen der europäischen Landwirtschaft, insbesondere die geschützten Ursprungsbezeichnungen, die geschützten geografischen Angaben und der Schutz der garantiert traditionellen Spezialitäten erhalten bleiben. TTIP darf außerdem zu keiner Einschränkung der im internationalen Vergleich gesehen ambitionierten Klimaschutzziele der EU, des deutschen Atomausstiegs sowie des mittel- und langfristig zu vollziehenden weitgehenden Ausstiegs aus der Nutzung fossiler Energien zur Strom- und Wärmeerzeugung sowie als Kraftstoffe führen.

Im Sinne dieser Grundsatzpositionierung wird die Landesregierung den Verhandlungsprozess weiterhin proaktiv begleiten und gestalten und sich hierzu voraussichtlich u. a. im Bundesrat weiter einbringen.

In Ergänzung zur der Formulierung ihrer grundsätzlichen Haltung zu TTIP hat die Landesregierung außerdem die Einrichtung eines TTIP-Beirates der Landesregierung unter dem Vorsitz von Minister Friedrich und je einem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft und des Ministeriums für den Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beschlossen. Der Beirat soll sich aus Vertretern des Landtags von Baden-Württemberg, der Verbände, Kommunen, Wissenschaft, Kirchen und der Zivilgesellschaft zusammensetzen und einen Beitrag des Landes zur Schaffung eines transparenten

- 4 -

Verhandlungsprozesses leisten. Auch soll er dazu dienen, weitere Interessen des Landes zu identifizieren und zu diskutieren.

Der Beschluss des Ministerrates vom 17. März 2015 wird dem Landtag von Baden-Württemberg mit Schreiben des Staatsministeriums Anfang April 2015 übersandt.

II. Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI)

Die Landesregierung begrüßt die Investitionsoffensive von Kommissionspräsident Juncker, um Investitionen in der EU voranzubringen sowie Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen. Die EU-Kommission hat hierzu im Januar 2015 ihren Vorschlag für eine Verordnung über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) vorgelegt (vgl. hierzu Landtagsunterrichtung mit Schreiben der Landesregierung vom 13. Februar 2015, Drs. 15/6497).

Leider hat der Vorschlag aus Sicht von Baden-Württemberg einen erheblichen Konstruktionsfehler, denn zur Finanzierung des neuen Investitionsfonds sollen 2,7 Mrd. Euro aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ entnommen werden. Diese Mittelkürzungen im Forschungsbereich werden besonders Hochschulen und Unternehmen aus Deutschland treffen, die überproportional von diesem Programm profitieren. Wenn schon das Forschungsrahmenprogramm zur Finanzierung des EFSI herangezogen wird, sollte zumindest eine sachgerechte Kürzung innerhalb der Programmlinien von Horizont 2020 erfolgen und insbesondere die Programmlinie „Risikokapital“ einen deutlichen Beitrag leisten. Der Verordnungsvorschlag der EU-Kommission lässt leider nicht erkennen, wie Forschungs- und Entwicklungsvorhaben vom EFSI angemessen profitieren können. Forschung und Wissenschaft brauchen im Regelfall keine Darlehen oder Garantien zur Risikoabsicherung, sondern Zuschüsse. Baden-Württemberg hat im Bundesratsverfahren zur EFSI-Verordnung einen entsprechenden Antrag eingebracht, dem der Bundesrat in seiner Sitzung am 6. März 2015 auch gefolgt ist (vgl. BR-Drs. 15/15(B)). Minister Friedrich hat diese baden-württembergischen Anliegen an der Ausgestaltung des EFSI mit Reden in den Bundesratssitzungen am 6. Februar und 6. März 2015 erneut unterstrichen.

- 5 -

Die Landesregierung hat ihre Anliegen sowohl in Brüssel als auch gegenüber der Bundesregierung deutlich gemacht. Das Rechtsetzungsverfahren soll Mitte 2015 abgeschlossen werden.

Im Hinblick auf Aktivitäten im Land geht es nicht nur um die Benennung von Projekten, sondern auch darum, Geschäftsmodelle für entsprechende Investitionsvorhaben zu entwickeln. Das Staatsministerium hat vor diesem Hintergrund eine Ressortabfrage zu möglichen Projekten im Land durchgeführt und ist derzeit dabei, die Ergebnisse zu sichten. Die im Dezember 2014 bekannt gewordene sogenannte „Projektliste“ der Bundesregierung ist von dieser für gegenstandslos erklärt worden. Eine Bezugnahme auf diese Liste ist aus Sicht der Landesregierung daher auch nicht mehr angezeigt.

III. EU-Erweiterung

1. Bundesratsinitiative der Landesregierung zur EU-Erweiterungsstrategie 2014 bis 2015

Auf Initiative von Minister Friedrich hat Baden-Württemberg im Bundesratsverfahren einen Antrag zur Kommissionsmitteilung „Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2014 bis 2015“ eingebracht, der die Balkanstaaten im Annäherungsprozess an die EU unterstützen soll. Der Bundesrat ist dem Antrag in seiner Sitzung am 6. Februar 2015 auch gefolgt [vgl. Beschluss BR-Drs. 551/14(B)]. Die Westbalkanstaaten brauchen die EU-Perspektive mehr denn je, denn sie stellt einen wesentlichen Faktor zu Stabilisierung und Friedenssicherung in ganz Europa dar. Sie ermöglicht es den Staaten, die notwendigen Reformen in der Wirtschaft und den Verwaltungs- und Rechtssystemen voranzutreiben und damit die wirtschaftliche und politische Entwicklung weiterzuführen.

Der Bundesratsbeschluss weist auf die Schlüsselrolle Serbiens für die Stabilität des Westbalkans hin. Die Kosovo-Frage sollte nicht der Eröffnung von Verhandlungskapiteln entgegenstehen. Mit dem Beschluss fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, den Vorschlag der EU-Kommission zur baldigen Öffnung des Kapitels zur „Finanzkontrolle“ nochmals zu prüfen, denn dies könnte die Kreditwürdigkeit steigern, die für Reformen Serbiens im Bereich der öffentlichen Finanzen unerlässlich ist.

2. Bericht der EU-Kommission zur Nachbarschaftspolitik und Erweiterung im Ausschuss des Bundesrates für Fragen der Europäischen Union

Auf Einladung von Minister Friedrich fand am 5. Februar 2015 eine politische Sondersitzung des EU-Ausschusses des Bundesrates statt. Der Ausschuss diskutierte u. a. mit Generaldirektor Danielsson von der Generaldirektion „Nachbarschaft und Beitrittsverhandlungen“ über die Beitrittsperspektiven der Westbalkanstaaten und die Schlüsselrolle Serbiens. Generaldirektor Danielsson attestierte in seinem Bericht Serbien einen „klaren und deutlich erkennbaren Fortschritt“ beim Beitrittsprozess. Weitere Aspekte der Diskussion waren die Möglichkeiten der EU, die Balkanstaaten, die häufig Transitstaaten sind, bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen, sowie der Instrumentenkasten der EU, um neue Mitgliedstaaten auch über ihren EU-Beitritt hinaus zu Reformen zu motivieren.

IV. EU-Strategie für den Donaoraum

1. Umsetzung der EU-Strategie für den Donaoraum (EUSDR)

Baden-Württemberg hat als erstes Land der EUSDR den Vorsitz innerhalb der Makrostrategie übernommen. Damit verbunden ist eine Reihe von Veranstaltungen, die die bestehende Governancestruktur verbessern und damit zu einer effektiveren Umsetzung der Strategie führen sollen. Insbesondere die Ausrichtung des Jahresforums der EUSDR und des Außenministertreffens (13. Mai 2015) sind anstehende Aufgaben dieses Vorsitzjahres. Begleitet und vorbereitet werden diese wichtigen Termine unter anderem auf Sitzungen der Nationalen Koordinatoren und der Koordinatoren der Prioritätsbereiche der Strategie, die unter Beteiligung der EU-Kommission und unter baden-württembergischem Vorsitz einberufen werden.

Auf der Sitzung der Nationalen Koordinatoren der EUSDR am 16. Januar 2015 stand neben den Planungen für das baden-württembergische Vorsitzjahr vor allem die weitere Ausarbeitung des sogenannten Danube Strategy Point (DSP) im Mittelpunkt. Bis Mai 2015 wird der DSP als zentrale Koordinationsstelle aller Donaustaaten und der EU-Kommission für die Strategie eingerichtet werden. Baden-Württemberg hatte 2014 den Zuschlag in einem Wettbewerbsverfahren erhalten. Der DSP wird nun als Bestandteil der Lan-

- 7 -

desvertretung in Brüssel aufgebaut. Im März 2015 fand in der Landesvertretung in Brüssel unter Beteiligung der im Recruiting Committee vertretenen Nationalen Koordinatoren der Donaustaaten und der EU-Kommission das Auswahlverfahren für die sechs Personalstellen des DSP statt. Für die sechs Stellen waren insgesamt 699 Bewerbungen eingegangen, von denen 22 zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen worden waren. Derzeit werden mit den sechs erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerbern die Einstellungsverträge abgeschlossen.

Auch die Koordinatoren der Schwerpunktbereiche der EUSDR tagten auf Einladung Baden-Württembergs und der EU-Kommission am 13. Februar 2015 im Neuen Schloss. Neben den Planungen für das Vorsitzjahr und das Jahresforum wurden vor allem die künftige Zusammenarbeit der Koordinatoren mit dem DSP und die künftige Finanzierung der Schwerpunktbereiche erörtert.

Am 5. März 2015 fand auf Einladung von Minister Friedrich in der Landesvertretung Baden-Württembergs in Berlin ein Kaminesgespräch mit den Botschafterinnen und Botschaftern der Donauländer statt. Direkt im Anschluss begann in den Räumlichkeiten der Landesvertretung der 3. Donausalon, nach Österreich und der Slowakei diesmal in Zusammenarbeit mit der rumänischen Botschaft. In diesem Jahr wurden schwerpunktmäßig Bildungschancen thematisiert, die die duale Berufsausbildung in den Ländern des Donauraums ermöglicht. Die Veranstaltung eröffnete mit der Ausstellung „Rumänien, eine europäische Kulturlandschaft“ mit musikalischer Untermalung eines rumänischen Jazzensembles. Den Grußworten von Minister Friedrich und der Geschäftsträgerin und Gesandten der Rumänischen Botschaft, Adriana Stănescu, folgte eine Podiumsdiskussion, an der sich fünf Referenten aus verschiedenen Donauländern beteiligten. Insgesamt nahmen ca. 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 3. Donausalon teil.

2. Vorbereitung des 4. Jahresforums der EUSDR in Ulm

Das 4. Jahresforum zur EUSDR findet am 29. und 30. Oktober 2015 in Ulm statt und wird von der EU-Kommission, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Ulm gemeinsam veranstaltet. Der Förderantrag des Staatsministe-

- 8 -

riums (Förderbetrag rd. 304.000 Euro) des zweitägigen internationalen Kongresses wurde im November 2014 bei der EU-Kommission gestellt. Die EU-Kommission (Generaldirektion Regionalpolitik) hat den Themenschwerpunkten Baden-Württembergs „Fachkräfte, Unternehmertum, Innovation und Zivilgesellschaft“ zugestimmt. Außerdem hat Vize-Kanzler Sigmar Gabriel seine Teilnahme für den zweiten Konferenztage zugesagt.

Arbeitsgespräche mit unterschiedlichen Beteiligten auf Landes- und europäischer Ebene zur inhaltlichen Abstimmung haben bereits stattgefunden, die Vertreterinnen und Vertreter wurden gebeten, bis zum 20. März 2015 Themenvorschläge für Workshops, Fachseminare etc. vorzulegen. Darüber hinaus haben erste Gespräche mit den Veranstaltungsbeteiligten vor Ort stattgefunden. Neben der EU-Kommission wird sich auch die Stadt Ulm mit 130.000 Euro finanziell am Jahresforum beteiligen. Weiterhin werden die städtischen Einrichtungen (Messe, Theater, Ulm-Neu-Ulm-Touristik) die Großveranstaltung unterstützen. Ein erster Programmentwurf wird im April 2015 vorliegen.

V. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

1. Frankreich

Antrittsbesuch des französischen Botschafters, Philippe Etienne, bei Ministerpräsident Kretschmann am 6. März 2015

Am 6. März 2015 empfing Ministerpräsident Kretschmann den neuen französischen Botschafter, S.E. Philippe Etienne, zu seinem Antrittsbesuch in der Landesvertretung in Berlin.

Ministerpräsident Kretschmann und Botschafter Etienne bekräftigten in ihrem Gespräch die sehr engen und freundschaftlichen Verbindungen beider Länder. Ihr Hauptaugenmerk galt dabei der gemeinsamen Gedenkarbeit zum Ersten Weltkrieg und den Erlebnissen im Rahmen des ersten zurückliegenden Gedenkjahrs. Beide betonten, dass das deutsch-französische Gedenken an den Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren einen wichtigen Beitrag zu einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur leiste.

- 9 -

Weitere Themen des Gesprächs waren die französische Territorialreform, die grenzüberschreitende berufliche Bildung sowie die Zukunft des Kernkraftwerks Fessenheim. Botschafter Etienne berichtete in diesem Zusammenhang von der Zustimmung des französischen Senats zum aktuellen Entwurf des französischen Energiewendegesetzes. Ministerpräsident Kretschmann unterstrich nochmals, dass eine Abschaltung des AKW Fessenheim für Baden-Württemberg von immenser Bedeutung sei.

Reise von Minister Friedrich nach Paris am 30. März 2015

Auf Einladung des französischen Senats reiste Minister Friedrich am 30. März 2015 nach Paris, um in seiner Funktion als Vorsitzender des Europa-Ausschusses des Bundesrats an einem Austausch zum Umgang mit Terrorismus in Europa teilzunehmen.

Zusammen mit Vorsitzenden und Vertretern der Ausschüsse für die Angelegenheiten der EU des Parlaments des Königreichs Dänemark, des Senats des Königreichs Spanien, des Senats der Französischen Republik, des Oberhauses des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie der Saeima der Republik Lettland unterzeichnete Minister Friedrich dabei eine gemeinsame Erklärung zur Terrorismusbekämpfung.

Im Anschluss an den Austausch im französischen Senat führte Minister Friedrich politische Gespräche, unter anderem mit Prof. Jean Pisani-Ferry von France Stratégie, dem französischen Generalkommissariat für Strategie und Vorausschau des Premierministers. Im November 2014 hatten der deutsche Prof. Henrik Enderlein und der französische Prof. Jean Pisani-Ferry Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron in Paris auf Wunsch der beiden Minister Empfehlungen für Strukturreformen, öffentliche Investitionen und gemeinsame Initiativen für Deutschland und Frankreich vorgelegt.

2. Oberrhein

Grenzüberschreitende berufliche Bildung

Im September 2013 haben Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Elsass gemeinsam mit insgesamt 28 Partnern aus Politik, Wirtschaft und Ge-

werkschaften eine Rahmenvereinbarung zur deutsch-französischen grenzüberschreitenden Berufsausbildung am Oberrhein abgeschlossen. Das Abkommen ermöglicht es Auszubildenden aus dem Oberrheingebiet, den schulischen Teil ihrer Ausbildung im Heimat- und den betrieblichen Teil im Nachbarland zu absolvieren.

Um die Rahmenvereinbarung in der Praxis noch effektiver umzusetzen, sind die Région Alsace und das Land Baden-Württemberg dabei, ein gemeinsames INTERREG V A-Projekt zur grenzüberschreitenden beruflichen Bildung aufzusetzen. Das Projekt soll verstärkt konkrete Unterstützung vor Ort sowie Informationen über die Bildungswege und Ausbildungstraditionen in Deutschland und Frankreich, Informationen über Aufstiegs- und Karrierechancen sowie die Arbeits- und Lebenskultur beider Länder bieten.

Erfreulicherweise können mit dem neuen INTERREG-Programm Oberrhein ab 2015 auch ganz erhebliche europäische Mittel dafür eingesetzt werden. Eine Projektskizze hat die Région Alsace als Projektträger erstellt. Das Staatsministerium hat am 13. Januar 2015 ein Koordinierungstreffen der baden-württembergischen Akteure in Stuttgart organisiert. Nach derzeitigem Stand kann sich Baden-Württemberg mit einer Gesamtsumme von rund 830.000 Euro für eine Projektlaufzeit von drei Jahren in das grenzüberschreitende Projekt einbringen. Die Genehmigung des Projekts durch den INTERREG-Begleitausschuss wird im Dezember 2015 erwartet.

Baden-Württemberg übernimmt 2015 die Präsidentschaft in der Oberrheinkonferenz

Die deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz (ORK) bildet seit 1991 den institutionellen Rahmen der grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit im Oberrheingebiet. Die ORK ist seit vielen Jahren zentrales Handlungsfeld des grenzüberschreitenden Engagements Baden-Württembergs.

Zu Beginn des Jahres hat das Regierungspräsidium Karlsruhe für das Land Baden-Württemberg die Präsidentschaft in der Oberrheinkonferenz übernommen. Die Schwerpunkte der Präsidentschaft liegen auf der Weiterentwicklung des oberrheinischen Arbeitsmarktes, insbesondere im Bereich der

- 11 -

grenzüberschreitenden Ausbildung und der Förderung von Mehrsprachigkeit, sowie auf der Förderung grenzüberschreitender Mobilität in den Bereichen ÖPNV und Radwegeverbindungen. Darüber hinaus werden eine Evaluierung und Neuausrichtung der Arbeitsgruppen und Expertenausschüsse der ORK sowie eine einheitliche Kommunikationsstrategie für den Oberrhein angestrebt.

Am 13. März 2015 fand in Baden-Baden die erste Präsidiumssitzung 2015 zum Schwerpunktthema Verkehr statt. Beschlossen wurde insbesondere eine Liste der 20 prioritären grenzüberschreitenden Verkehrsprojekte für den Oberrhein bis 2020. Weiterhin wurde der Verein TRION climate e. V. gegründet und die neue grenzüberschreitende Übungsanlage Binnengewässer zur Ausbildung von Feuerwehrleuten vorgestellt.

Kamingespräch Oberrhein am 13. März 2015

Zur Pflege der gewachsenen deutsch-französisch-Schweizer Beziehungen entlang des Oberrheins lud Herr Minister Friedrich am 13. März 2015 politische Vertreter und Wissenschaftler aus Baden, dem Elsass sowie aus den Schweizer Grenzkantonen zum zweiten Kamingespräch Oberrhein nach Freiburg ein.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die territoriale Neuordnung Frankreichs verbunden mit dem bevorstehenden Zusammenschluss des Elsass mit den Regionen Lothringen und Champagne-Ardenne. Am 17. Dezember 2014 hatte die französische Nationalversammlung den Gesetzentwurf zur Reduzierung der Anzahl der Regionen von aktuell 22 auf 13 verabschiedet. Im Rahmen des Kamingesprächs betonten alle Seiten, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit große Priorität genieße und man die guten nachbarschaftlichen Beziehungen auch nach der Neustrukturierung pflegen möchte.

Weitere Themen des Kamingesprächs waren die Perspektiven einer Großforschungseinrichtung am Oberrhein, die Zukunft des European Campus, der mögliche Aufbau eines Rückbau-Clusters, die grenzüberschreitende berufliche Bildung sowie die Initiative Luxemburgs im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2015 zur Einrichtung gesetzlicher Sonder-

regelungen in Grensräumen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Kooperation.

3. Internationale Bodenseekonferenz

Baden-Württemberg hat 2015 nach zehn Jahren wieder den Vorsitz in der Internationalen Bodenseekonferenz inne. Auf Ebene der leitenden Beamten fanden am 6. Februar 2015 und am 12. März 2015 auf der Insel Reichenau und in Illmensee (Höchst) bereits die ersten Sitzungen unter baden-württembergischem Vorsitz statt. Gegenstand der Gespräche waren zum einen das Jahresprogramm der IBK für 2015 sowie aktuelle Fragestellungen der Bodenseeregion. Ein Schwerpunkt des Jahres wird darin liegen, die Mehrwerte der IBK für die Bodenseeregion stärker herauszustellen und die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit um den Bodensee zu stärken. Hierfür wird die IBK u. a. ihre Internetpräsenz überarbeiten und ihren Kleinprojektfonds in abgewandelter Form neu auflegen. Unter anderem wird die IBK einen Fonds für Begegnungsprojekte einrichten, der grenzüberschreitende Projekte von zivilgesellschaftlichen Akteuren, beispielsweise von Vereinen, ohne großen Verwaltungsaufwand mit bis zu 2.500 Euro fördern soll.

Auch durch neue Projekte will die IBK sichtbare Impulse für die Region geben, so z. B. durch das Projekt zu „Lowtech-Gebäuden im Bodenseeraum“ der IBK-geführten Plattform Klimaschutz und Energie. Besondere Stütze hierbei ist das neue INTERREG A-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein, das in der Förderperiode 2014 bis 2020 mit rund 40 Mio. Euro ein deutlich größeres Fördervolumen aufweist. Den Bodenseeraum als Modellregion für nachhaltige Entwicklung zu präsentieren ist Ziel des IBK-Nachhaltigkeitspreises. Dieser wird 2015 zum zweiten Mal ausgelobt und soll in diesem Jahr Unternehmen aus der Region auszeichnen, die besonders nachhaltig wirtschaften. Seit Anfang des Jahres engagiert sich die IBK zudem mit dem Internationalen Städtebund und der Bodensee Parlamentarierkonferenz in der gemeinsamen Arbeitsgruppe „Verkehrslösungen im Grenzraum Lindau-Bregenz-Schweiz“, um die Folgen der unterschiedlichen Systeme der Maut- und Infrastrukturabgaben in der Vierländerregion zu untersuchen und mögliche Handlungsoptionen zu eruieren.

Am 30. April 2015 werden sich die IBK-Regierungschefs im so genannten Kamingespräch in Konstanz austauschen. Dieses wird auch unter dem Eindruck des ersten Wirtschaftskonzils stehen, das am selben Tag im Konzilsgebäude in Konstanz stattfinden und grenzüberschreitende Fragestellungen der Wirtschaftsregion Bodensee beleuchten wird. Zur Veranstaltung werden rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwartet. Neben Herrn Ministerpräsident Kretschmann, der die Veranstaltung eröffnen wird, werden auch Herr Minister Friedrich und Herr Staatssekretär Hofelich MdL an der Veranstaltung teilnehmen. Weitere Themen des Kamingesprächs werden die Umsetzung der Ende 2015 in Kraft tretenden EU-Wasserrahmenrichtlinie sowie die geplante Verschlüsselung von SRF und ORF in den kommenden Jahren und die Folgen für den Empfang im deutsch-österreichisch-schweizerischen Grenzraum sein.

4. Vier Motoren für Europa

Am 23. Januar 2015 übergab die Lombardei die Präsidentschaft der Vier Motoren an Katalonien. Für die Landesregierung nahm Staatssekretärin Gisela Erler an der Veranstaltung teil.

Wichtige Themen der lombardischen Präsidentschaft waren der Austausch bezüglich der makroregionalen Strategien der EU. Drei der vier Partnerregionen sind an der EU-Alpenraumstrategie beteiligt, Baden-Württemberg hat ferner Erfahrungen mit der EU-Donauraumstrategie. So fand während der lombardischen Präsidentschaft der Vier Motoren eine Stakeholderkonferenz zur Vorstellung der Ergebnisse der öffentlichen Konsultation über die EU-Strategie für den Alpenraum statt. Weiterhin stand das Thema der EXPO 2015 in Mailand „Die Erde ernähren. Energie für das Leben“ im Vordergrund. Dabei wurden die Bereiche Landwirtschaft, Forschung und Innovation, Nachhaltigkeit und Mobilität diskutiert. Besonders wichtig für die Lombardei war der Austausch zur Bekämpfung von Lebensmittelfälschungen. Weiterhin war die Aktivierung von neuen Partnerschaften außerhalb Europas ein Thema. Québec war Ziel einer institutionellen und wirtschaftlichen Mission mit den Kernpunkten Forschung und Innovation in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Energie und Elektromobilität. In diesem Zusammenhang fanden Gespräch zum Handelsabkommen CETA, regionalen Innovationsstrategien,

Einwanderung, Wirtschafts- und Forschungsk Kooperationen sowie die Zusammenarbeitsmodelle mit Cluster und KMU statt und es wurde eine Partnerschaftserklärung unterzeichnet.

Übergeordnetes Thema der katalanischen Präsidentschaft der Vier Motoren ist die Digitalisierung. Katalonien sieht die Krise als Chance und möchte die Vier Motoren als Plattform für Diskussionen und Austausch von innovativen, intelligenten und nachhaltigen Strategien nutzen. Dabei sind die intelligente Informations- und Kommunikationstechnologien, sowohl im Hinblick auf „Smart Governance“ als auch als Herausforderung für die Wirtschaft zu sehen. Das Programm der katalanischen Präsidentschaft umfasst weiterhin die Themen Clusterpolitik, Reindustrialisierung, Green Economy, Nachhaltigkeit, Kreativwirtschaft, Bürgerbeteiligung sowie eine Fortsetzung der Arbeit zu Makrostrategien. Dabei soll in allen Themenbereichen ein Augenmerk auf Digitalisierung und digitale Lösungen gelegt werden.

VI. Internationales

1. Schweiz

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EPPD) unter Bundespräsidentin Sommaruga hatte am 20. Juni 2014 ein Umsetzungskonzept für den neuen Verfassungsartikel vorgelegt, der mit der Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ angenommen wurde. Es sieht ein klassisches, umfassendes Kontingentsystem zur eigenständigen Steuerung der Zuwanderung durch die Schweiz vor, das auch die Grenzgänger erfasst. Der Gesetzentwurf zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wurde am 11. Februar 2015 vorgestellt und ins Vernehmlassungsverfahren (= Anhörungsverfahren) gegeben. Er orientiert sich eng an dem Umsetzungskonzept.

Die Landesregierung hat bereits im vergangenen Jahr, unmittelbar nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative, den engen Dialog mit der Schweiz gesucht und sich dabei für die Belange der Grenzgänger und der Grenzregionen eingesetzt. Auch in diesem Jahr soll das Gespräch fortgesetzt werden. So ist für April 2015 ein Gespräch von Herrn Ministerpräsident Kretschmann mit der Schweizer Bundespräsidentin Sommaruga avisiert.

Der Schweizer Bundesrat hat zudem das Verhandlungsmandat zur Anpassung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU verabschiedet. Das Mandat zielt darauf ab, das Abkommen so anzupassen, dass es der Schweiz künftig möglich ist, die Zuwanderung eigenständig zu steuern und zu begrenzen – unter Wahrung der gesamtwirtschaftlichen Interessen. Gleichzeitig soll der bilaterale Weg als Grundlage der Beziehungen zur EU gesichert werden. Die EU Außenbeauftragte Ashton hatte allerdings bereits im vergangene Jahr mitgeteilt, dass die EU nicht über die Personenfreizügigkeit verhandeln möchte.

2. Kosovo

Seit einigen Monaten war ein deutlicher Anstieg der Asylanträge aus dem Kosovo zu beobachten. Ministerin Krebs und Minister Friedrich sind deshalb von 18. Februar bis 20. Februar 2015 in den Kosovo gereist, um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen und Gespräche mit Politik und Zivilgesellschaft zu führen. Dabei wurde deutlich, dass der massenhafte Wegzug wohl auch eine Art sozialer Protest gegen die Perspektivlosigkeit im Land und die Korruption ist. Die Minister haben vor Ort auch deutlich gemacht, dass das Asylrecht für die Menschen aus dem Kosovo eine Sackgasse ist und die Erwartung ausgedrückt, dass die Regierung im Kosovo Verantwortung für die Rückkehrer übernimmt. Gleichzeitig haben sie angeboten, Kosovo in seiner schwierigen Situation durch Kooperationen zu unterstützen.

3. Besuch aus Serbien und Montenegro

Die Landesregierung pflegt sehr gute Kontakte zu den Staaten Südosteuropas. Im Rahmen dieser engen Beziehungen besuchten der Ministerpräsident Serbiens, S.E. Herr Aleksandar Vučić, und der Ministerpräsident Montenegros, S.E. Herr Milo Đukanović, im ersten Quartal 2015 Stuttgart. Gegenstand der Gespräche waren u. a. die EU-Beitrittsverhandlungen mit beiden Ländern sowie der Ausbau der gegenseitigen Beziehungen. Flankiert wurden die Besuche von Wirtschaftsveranstaltungen, die baden-württembergischen Unternehmern die Investitionsmöglichkeiten und Marktchancen in der Region vorstellten.

4. Reise nach Barcelona

Minister Friedrich bereiste vom 9. bis 11. Februar 2015 mit einer Delegation die Region Katalonien. Ziele der Reise waren Barcelona und Martorell. Sowohl bei dem Besuch beim Automobilhersteller SEAT als auch bei den politischen Gesprächen stand die enge und aktive Zusammenarbeit bei den Themen Bildung, Duale Ausbildung sowie Arbeitsmobilität im Mittelpunkt. Ausgangspunkt der Reise war die Kooperationsvereinbarung zur Arbeitskräftemobilität, die Ministerpräsident Kretschmann und der Präsident der Generalitat de Catalunya, Artur Mas, im Mai 2014 unterzeichnet hatten.

VII. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien stand auch im ersten Quartal des Jahres 2015 im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums. Neben den intensiven Vorbereitungen für die Messe FAIR HANDELN und die Entwicklungspolitische Landeskonferenz im April 2015 förderte und organisierte das Staatsministerium eine bundesweite Konferenz der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg und der Stiftung Frieden und Entwicklung in Stuttgart. Dieser Workshop für entwicklungspolitische Experten der Bundesländer zum Thema „Regionale Partnerschaften mit dem Globalen Süden – Erfolgsbedingungen und Herausforderungen“ bot eine seltene und wertvolle Gelegenheit zum Austausch sowohl der zivilgesellschaftlichen als auch der staatlichen Akteure, die sich in den zahlreichen Partnerschaften der deutschen Länder engagieren. Er brachte auch wichtige Impulse für die Graswurzelpartnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi.

VIII. Europafähigkeit und europapolitische Öffentlichkeitsarbeit

1. Dynamischer Europapool: Ministerratsbeschluss über Rückkehrkonzept

Das Staatsministerium hat, wie vom Ministerrat mit Beschluss vom 21. Januar 2014 beschlossen, in enger Abstimmung mit den Ressorts ein „Rückkehrkonzept“ für die im Rahmen des Dynamischen Europapools entsendeten Landesbediensteten entwickelt.

- 17 -

Bislang fehlte es an einem Konzept, durch das gewährleistet wurde, dass die erworbenen Kompetenzen nach der Rückkehr des Bediensteten in eine adäquate Anschlussverwendung mündeten und damit der entscheidende Mehrwert im Sinne eines Transfers von Wissen und Fertigkeiten für das Land gesichert werden kann.

Mit den Ressorts wurden deshalb unter Führung des Staatsministeriums Leitlinien erarbeitet, die zu einer Verbesserung der Gesamtsteuerung führen und die zudem ein sinnvolles Ineinandergreifen der Maßnahmen des Staatsministeriums als Pool-verantwortlicher Stelle und der Ressorts sicherstellen. Die Leitlinien legen erstmals für alle Ressorts einheitliche und verbindliche Schritte im Sinne eines standardisierten Verfahrens für die Findung einer angemessenen Anschlussverwendung von Landesbediensteten fest, die aus einer europäischen oder internationalen Verwendung zurückkehren.

Damit wird ein ressortübergreifender Standard für die Rückkehrer geschaffen, der auch einen Beitrag zu einer transparenteren Verfahrensgestaltung und optimierten Personalentwicklung leistet. Denn eine europäische oder internationale Entsendung muss sich auch im Hinblick auf den weiteren beruflichen Werdegang des Bediensteten als eine stimmige und sinnvolle Verwendung darstellen. Hierfür ist eine adäquate Anschlussverwendung ein wichtiger Baustein. Und nur dadurch wird sichergestellt, dass die während der Verwendung erworbenen Fähigkeiten, Kenntnisse sowie die geknüpften europäischen und internationalen Netzwerke für die Landesverwaltung auch nach der Rückkehr genutzt werden, indem die genannten Fähigkeiten direkt oder jedenfalls mittelfristig in den neuen Arbeitsbereich eingebracht werden.

Der Ministerrat hat das Rückkehrkonzept am 3. Februar 2015 beschlossen. Das Staatsministerium wurde beauftragt, den Umsetzungsstand der Leitlinien bis Frühjahr 2017 zu evaluieren und dem Ministerrat zu berichten.

2. Netzwerktreffen am 3. März 2015

Das Netzwerktreffen der europapolitischen Akteure findet jährlich in Stuttgart statt und bietet den Teilnehmerinnen und Teilnehmern neben Informationen zu aktuellen europapolitischen Themen die Gelegenheit zum Austausch und zur Diskussion. Veranstalter ist das Staatsministerium. Eingeladen werden

Vertreter aus der Landes- und Kommunalverwaltung, dem Landtag, Bundestag und dem Europaparlament, der EU-Kommission, dem konsularischen Korps sowie europaaktiven Verbänden und Institutionen. Ein Schwerpunkt des diesjährigen Netzwerktreffens am 3. März 2015 war die EU-Flüchtlingspolitik, über die am Vormittag von Minister Friedrich und dem Wissenschaftler Dr. Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) mit dem Publikum diskutiert wurde. Im Rahmen der am Nachmittag stattfindenden interaktiven Workshops wurden mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einzelne Aspekte im Zusammenhang mit der TTIP und der Europaöffentlichkeitsarbeit vertieft.

3. Ausblick: Europaaktionstag

Der 8. Mai 2015 steht im gemeinsamen Fokus der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit des Landtages und des Staatsministeriums. Im Anschluss an die Europa-Jugendveranstaltung des Landtages „Was bringt mir Europa?“ findet von 12.30 bis 17.30 Uhr der Europaaktionstag auf dem Stuttgarter Schlossplatz statt. Im Rahmen des Europaaktionstags kooperiert das Staatsministerium wie in vergangenen Jahren u. a. mit der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament, diversen Ministerien, der Stadt Stuttgart und europaaktiven Verbänden, die in Pavillons Informationen, Aktionen und Give aways für die Bürgerinnen und Bürger bereithalten. Auf einer Bühne präsentieren sich verschiedene Schulklassen und Vereine mit Musik, Tanz und Gesang. Auch Gesprächsrunden u. a. mit Minister Friedrich, Kommissar Oettinger (angefragt) sowie den MdEPs Wieland, Gebhardt und Heubuch sind vorgesehen. Da 2015 das Europäische Jahr für Entwicklung ist, steht der Aktionstag in diesem Jahr im Zeichen der Entwicklungszusammenarbeit. So sind nicht nur in den Pavillons Verbände und Institutionen vertreten, die in diesem Bereich tätig sind, sondern auch das Bühnenprogramm spiegelt dies durch besondere Gesprächsrunden und Darbietungen wider.

IX. Landesvertretung Brüssel

Auswärtige Kabinettsitzung in Brüssel am 3. Februar 2015

(mit vorgeschaltetem Neujahrsempfang am 2. Februar 2015)

Vor dem Hintergrund der im Dezember 2015 „abgearbeiteten“ Themen, der noch „offenen“ Themen sowie aktueller Entwicklungen stand die Kabinetts-Klausur am

- 19 -

3. Februar 2015 ganz im Zeichen folgender Themen: 315 Mrd. Euro-Investitions-offensive von Präsident Juncker, dem Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2015 sowie TTIP.

Als Gesprächspartner standen der Hausspitze des Staatsministeriums und dem Kabinett am 2./ 3. Februar 2015 zentrale Akteure aus den o.g. Themenkomplexen zur Verfügung: Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der Berichterstatter zu der Investitionsoffensive im EU-Parlament, MdEP Dr. Udo Bullmann, das deutsche Mitglied der EU-Kommission, Günther H. Oettinger, und dessen Kabinettschef Michael Hager, die Kabinettschefin von Handelskommissarin Malmström, Maria Asenius, sowie der deutsche Ständige Vertreter bei der EU, Botschafter Reinhard Silberberg.

Wie in den vergangenen Jahren wurden auch 2015 zum Abschluss der Kabinetts-klausur in Brüssel hochrangige Gesprächspartner aus den EU-Institutionen zu Ge-sprächen mit den Regierungsmitgliedern eingeladen.

Ein symbolisch wichtiger Akzent wurde im Rahmen des Neujahrsempfangs am 2. Februar 2015 durch den Auftritt des Präsidenten der Region Elsass, Philippe Richert, gesetzt: Vor dem aktuellen Hintergrund der Terroranschläge von Paris am 7. Januar 2015, aber insbesondere vor dem Hintergrund der Gebietsreform in Frankreich, die im Dezember 2014 vom Parlament beschlossen wurde und 2016 umgesetzt werden soll, nutzte Präsident Richert die Gelegenheit, vor interessiertem Publikum die Eckpunkte der Reform zu umreißen und die traditionell guten Verbindungen zwischen den Partnern links und rechts des Rheins sowie deren Bedeutung für die Zukunft zu unterstreichen.

Aktive Begleitung politisch relevanter Themen im 1. Quartal 2015:

„Klima und Energie“, „Digitalisierung und Industrie 4.0“, „Innovation, For-schung und Horizon 2020“, „EU-Fond für strategische Investitionen“ sowie „Wirtschaft, Finanzen, Soziales, Jugendarbeitslosigkeit“

Die Landesvertretung Brüssel konnte im europäischen Umfeld im 1. Quartal 2015 insbesondere zu folgenden Themen mit öffentlichen Veranstaltungen (Fremd- und Eigenveranstaltungen) in Erscheinung treten und somit wichtige Politikfelder be-setzen: Klima- und Energiepolitik (Veranstaltung mit der IG Metall, Arbeitssessen der

- 20 -

Firma Bosch, „Europa-Symposium“ des Wirtschaftsrats sowie eine Veranstaltung der Helmholtz-Gemeinschaft zusammen mit dem KIT), Wirtschaft und Soziales (gemeinsamer Parlamentarischer Abend des DGB und des BDA), Finanzkrise, Öffentliche Schulden und Griechenland nach den Wahlen (Diskussionsveranstaltung mit der Stiftung Wissenschaft und Politik – SWP sowie Vortragsveranstaltung des ZEW), Forschungspolitik/Horizon 2020 (Arbeitsfrühstück für Praktiker mit der Leibniz-Gemeinschaft und der Firma Bosch sowie Veranstaltungsreihe „Lunch debate“ des ZEW) sowie Digitalisierung und Industrie 4.0/Urheberrecht (Diskussionsveranstaltung mit dem Branchenverband BITKOM). Zum Thema Jugendarbeitslosigkeit war die Landesvertretung Brüssel Austragungsort der Veranstaltung „Europe’s Youth: for a better professional training, more mobility, youth employment and new entrepreneurs in Europe“; des EU-Dachverband des Mittelstandes (CEA-PME), der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Rats der Gemeinden und Regionen Europas. Diese haben v. a. junge Europäerinnen und Europäer eingeladen, um u. a. mit Parlamentspräsident Schulz und Mittelstandspräsident Mario Ohoven zu diskutieren.

Außerdem hat die Landesvertretung Brüssel intensiv das Thema „Umsetzung der Investitionsoffensive“ (EFSI) begleitet; u. a. fand ein Grundsatzgespräch mit dem Leiter der Brüsseler Vertretung der EIB, Ben Knapen, statt; dabei wurden auf Arbeitsebene und informell aktuelle Entwicklungen zu den Beteiligungsregeln diskutiert und die Möglichkeiten für einzelne baden-württembergische Projekte ausgelotet.

Regionaler Schwerpunkt des 1. Quartals 2015 war neben dem Elsass (beim Neujahrsempfang, s. o.) und der Donau (s. u.) der Alpenraum: Am 24. Februar 2015 fand im Rahmen der Sitzung der Steuerungsgruppe für die EU-Alpenraumstrategie ein informelles Abendessen der Mitglieder der Steuerungsgruppe in der LV-Brüssel statt.

Neues aus der Landesvertretung-Brüssel: Gut Vernetzt: Stuttgart-Berlin-Brüssel

Berlin-Brüssel: Zur weiteren Verbesserung der Vernetzung der Arbeit zwischen Berlin und Brüssel fand am 9./10. Februar 2015 ein Workshop der Ressortbeobachter der Landesvertretung Brüssel und den Beauftragten der Landesvertretung Berlin statt. Dabei konnten die verschiedenen Arbeitsweisen dargelegt sowie auch Posi-

- 21 -

tionsbestimmungen bei Themen mit herausragender und fachübergreifender Bedeutung (z. B. EFSI, Handelsabkommen TTIP, Digitale Agenda, Industrie 4.0 usw.) vorgenommen werden. Als externe Referenten konnten der scheidende deutsche EU-Botschafter Peruzzo, Vertreterin bzw. Vertreter der EU-Büros des Bundestages und des Bundesrates und – ganz im Trend zu „4.0“ – die EU-Repräsentantin von SAP gewonnen werden.

Stuttgart-Brüssel: Weiter führte der Leiter der neu eingerichteten Geschäftsstelle Digitalisierung im Staatsministerium, Prof. Dr. Gregor Hopf, am 12. März 2015 Gespräche zum Schwerpunkt Digitalisierung/Industrie 4.0 mit den Fachreferenten der Landesvertretung Brüssel sowie Orientierungsgespräche dazu mit Vertretern der EU-Kommission (Kabinettschef Oettinger sowie GD CONNECT).